

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2012
– Drucksache 15/1999**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 7: Umsetzung und Finanzierung des General-
verkehrsplans**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2012 – Drucksache 15/1999 –
Kenntnis zu nehmen.

20. 09. 2012

Der Berichterstatter:

Tobias Wald

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache
15/1999 in seiner 20. Sitzung am 20. September 2012.

Der Berichterstatter trug vor, der Landtag habe die Landesregierung am 27. Juli 2011
u. a. ersucht – Drucksache 15/233 Abschnitt II –,

*bis zum 30. Juni 2012 den Maßnahmenplan zum neuen Generalverkehrsplan
mit den priorisierten Projekten ... und den voraussichtlichen Baukosten der
einzelnen Projekte vorzulegen.*

Dieser Maßnahmenplan liege nun vor. Zu berücksichtigen sei, dass die inhaltliche
Bewertung der Projekte nicht durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss, son-
dern den Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur erfolge.

Ausgegeben: 27.09.2012

1

In der vorliegenden Mitteilung der Landesregierung heiße es:

Der Maßnahmenplan soll einen Zeitraum von zehn Jahren umfassen. ... Entsprechend den Haushaltsansätzen der kommenden Jahre wird von einem Mittelvolumen von 380 Millionen € für Neu- und Ausbaumaßnahmen ausgegangen.

Ihn interessiere, für welchen Zeitraum die 380 Millionen € vorgesehen seien.

Ein Abgeordneter der Grünen antwortete, bislang hätten für Aus- und Neubaumaßnahmen jährlich 38 Millionen € zur Verfügung gestanden. Damit ergebe sich, auf einen Zeitraum von zehn Jahren bezogen, eine Summe von 380 Millionen €. Er fuhr fort, es zeichne sich ab, dass es zu einer Mittel erhöhung komme. Wenn diese eintrete, könnten Maßnahmen schneller abfinanziert werden.

Aus haushaltspolitischer Sicht sei die vorgelegte Priorisierung eindeutig zu begrüßen. Somit könnten die Projekte unter Berücksichtigung der verfügbaren Haushaltsmittel in eine sinnvolle Reihenfolge gebracht werden.

Ein Abgeordneter der SPD betonte, die Forderung des Rechnungshofs nach Vorlage des Maßnahmenplans entspreche einem alten Anliegen der SPD. Seine Fraktion begrüße, dass dieses nun auch umgesetzt werden könne. Der vorgelegte Maßnahmenplan sei gut.

Sodann erhob der Ausschuss den Vorschlag des Berichterstatters, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/1999, Kenntnis zu nehmen, ohne förmliche Abstimmung zur Beschlussempfehlung an das Plenum.

26. 09. 2012

Tobias Wald